

Austerität, Ausgrenzung und Sozialabbau

Facetten der Schuldenkrise in Sri Lanka

Von Dr. Ahilan Kadirgamar

Im April 2022 geriet Sri Lanka zum ersten Mal in seiner postkolonialen Geschichte mit seinen Auslandsschulden in Verzug. Der darauffolgende „Erholungsprozess“ unter der Regie des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist nicht nur in Bezug auf die von der Regierung angeordneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen katastrophal. Auch die zugrundeliegende Analyse der Ursachen der Schuldenkrise ist fehlerhaft. Aus dem Fall Sri Lanka lassen sich Lehren für andere überschuldete Länder im Globalen Süden ziehen: in Bezug auf das Standard-Vorgehen bei Schuldenrestrukturierungen und die Folgen einer gläubigerdominierten Schuldenarchitektur.

Auch wenn sich die Schuldenprobleme Sri Lankas vor allem durch die Folgen der Corona-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine verschärft haben, gehen die Wurzeln der Schuldenkrise – anders als in den vorherrschenden Narrativen dargestellt – insbesondere auf die problematische Art und Weise zurück, wie Sri Lanka in das globale kapitalistische Wirtschaftssystem integriert wurde: Nach dem Bürgerkrieg begann Sri Lanka im Mai 2009 mit einer Entwicklungspolitik der „Finanzialisierung“. Dies fiel zeitlich mit der globalen Finanzkrise zusammen, als aus dem Westen viel Kapital auf der Suche nach Rendite in die Länder im Globalen Süden strömte. Zusätzlich beförderten die beiden IWF-Programme für Sri Lanka vom Juli 2009 und Juni 2016 die Aufnahme von Auslandskrediten und insbesondere die Emission von internationalen Staatsanleihen.

Sri Lanka ist eines der ersten Länder, das seine Schulden in der Post-COVID-Ära restrukturieren muss. Angesichts seines komplexen Gläubigerprofils ist das Land ein Testfall für die internationale Gemeinschaft und die derzeitige Schuldenarchitektur. So ist die Schuldenrestrukturierung angesichts unterschiedlicher Interessen der multilateralen Organisationen, der bilateralen Geber und der kommerziellen Kreditgeber mit Schwierigkeiten verbunden. Aufgrund ihres Status als bevorzugte Gläubiger („preferred creditor status“) sind multilaterale Organisationen von der Umschuldung ausgenommen, was jedoch von Sri Lankas wichtigstem bilateralen Geber, China, in Frage gestellt wird.

Darüber hinaus gibt es praktisch keine gemeinsamen Absprachen zur Umschuldung zwischen den beiden großen Lagern der bilateralen Geber mit China auf der einen Seite und Japan zusammen mit Indien auf der anderen Seite; insbesondere angesichts ihrer geopolitischen Rivalität um die Kontrolle Sri Lankas im Indischen Ozean. Auch die kommerziellen Kreditgeber – einschließlich der großen Investmentfonds, die Sri Lankas Staatsanleihen halten – beteiligen sich nur widerwillig und zögern, auch nur den minimalen Schuldenschnitt zu gewähren, der vom IWF in seiner Schuldentragfähigkeitsanalyse vorgeschlagen wurde. Stattdessen verhandeln sie hart um ihr Stück vom Kuchen.

Sri Lanka ist ein Testfall für die internationale Gemeinschaft und die derzeitige Schuldenarchitektur.

Die kommerziellen Kreditgeber verhandeln hart um ihr Stück vom Kuchen.

Gläubigerdominierte Schuldenrestrukturierung

Bei Schuldenrestrukturierungen spielt der IWF traditionell eine führende Rolle und seine Schuldentragfähigkeitsanalyse ist die Grundlage für Schuldenerlassverhandlungen zwischen den Gläubigern. Anstatt jedoch als neutraler „Schiedsrichter“ zu walten, zielt der IWF mit seinem Programm für Sri Lanka primär darauf ab, die Interessen der Gläubiger und künftigen Investoren zu schützen: durch einen minimalen Schuldenerlass, die Sicherstellung eines hohen Schuldendienstes nach der Umschuldung und indem Sri Lanka wieder auf den Weg der kommerziellen Kreditaufnahme gebracht werden soll. Ziel des vierjährigen IWF-Programms ist, dass Sri Lanka erneut Staatsanleihen in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar platzieren kann, obwohl die Ursache für die derzeitige Schuldenkrise insbesondere auf den hohen Umfang internationaler Kapitalmarktanleihen zurückzuführen ist, die Sri Lanka aufgenommen hat.

All dies geschieht zu dem Preis, dass Sri Lanka wirtschaftlich anfällig bleibt und im Falle eines weiteren Schocks einen erneuten Zahlungsausfall erleiden könnte. Denn die Schuldentragfähigkeitsanalyse zielt lediglich darauf ab, die öffentliche Gesamtverschuldung Sri Lankas auf 95 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken – im Vergleich mit anderen Ländern bleibt die als tragfähig gesehene Verschuldung also extrem hoch. Die Einnahmeprognosen des IWF implizieren, dass Sri Lanka bei der angenommenen Höhe der Schuldenerleichterungen auch in den nächsten Jahren ein Drittel seiner Einnahmen allein für den Auslandsschuldendienst verwenden würde. Zum Vergleich: Für Niedrigeinkommensländer und Länder mit niedrigem mittleren Einkommen hält der IWF einen Auslandsschuldendienst zwischen 14 und maximal 23 Prozent der öffentlichen Einnahmen für tragfähig. Der IWF selbst räumt in seiner Analyse ein, dass die Umschuldung die Schuldentragfähigkeit Sri Lankas nicht wiederherstellen wird und dass die Schuldenrisiken auch nach der Umschuldung hoch bleiben werden.

Angesichts dieses Szenarios stellt sich die Frage nach den Konsequenzen dieser gläubigerdominierten Schuldenrestrukturierung für Sri Lanka.

Im Folgenden soll daher näher auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen eingegangen werden.

Wirtschaftliche Auswirkungen

In vorauseilendem Gehorsam dem IWF und den internationalen Gläubigern gegenüber verhängte die sri-lankische Regierung schon ab Anfang 2022 – also ein Jahr vor der Genehmigung des IWF-Programms – Sparmaßnahmen und eine Reihe restriktiver Maßnahmen. Dazu gehörten die plötzliche Abwertung der Rupie und die damit verbundene Verteuerung der Produktionsmittel und Güter für den täglichen Gebrauch; die starke Anhebung der Zinssätze durch die Zentralbank von 6 auf 16,5 Prozent, sodass Kredite für kleine Unternehmen unerschwinglich wurden; die marktübliche Preisfestsetzung für Energie, die zu einer Verdreifachung der Kraftstoff- und Strompreise führte, was die Gesamtnachfrage in der Wirtschaft dämpfte; und die Einschränkung der staatlichen Investitionsausgaben.

All dies führte dazu, dass die Wirtschaft im Jahr 2022 um 7,8 Prozent und im Jahr 2023 um 3,6 Prozent zurückging. Diese beispiellose Schrumpfung der Wirtschaft Sri Lankas, vermutlich die schlimmste seit der Großen Depression in den 1930er Jahren, führte zum Zusammenbruch vieler Unternehmen und zum Verlust von Arbeitsplätzen im formellen Sektor. Auch informelle Lebensgrundlagen wurden zerstört: Als sich beispielsweise die Kerosinpreise vervierfachten, mussten die Fischer ihre Ausfahrten auf das Meer reduzieren, sodass ihr Einkommen drastisch sank.¹

Als das IWF-Programm im März 2023 in Kraft trat, war eine der zentralen Bedingungen, dass Sri Lanka einen primären Haushaltsüberschuss erzielen sollte. Das bedeutet, dass die Einnahmen höher sein sollten als die Ausgaben – und zwar schon im Folgejahr 2024. Um jedoch von einem Primärdefizit von 5,7 Prozent im Jahr 2021 zu einem Primärhaushaltsüberschuss zu gelangen, müssen die Staatsausgaben auf ein Minimum reduziert werden. Schließlich ist es nahezu unmöglich, hohe Einnahmen zu erzielen, wenn gleichzeitig die Basis

2022/2023 erlebte die Wirtschaft Sri Lankas die vermutlich schlimmste Schrumpfung seit der großen Depression in den 1930er Jahren.

für Einkommensströme wegbricht. Angesichts der Entwicklung seit den 1990er Jahren, als die Ausgaben und die Staatseinnahmen als Anteil am BIP rückläufig waren,² wäre es erstrebenswerter, sich auf eine möglichst progressive Erhöhung der Einnahmen zu konzentrieren, anstatt die Ausgaben weiter zu senken. Gegenwärtig liegt der Schwerpunkt jedoch vor allem auf Sparmaßnahmen, die die ohnehin schon niedrigen öffentlichen Ausgaben weiter senken.³ Soweit Einnahmeanpassungen vorgenommen werden, geschieht dies auf extrem regressiver Weise (siehe unten).

Die Krise unter den gegenwärtigen Bedingungen der Sparmaßnahmen bewältigen zu müssen, gibt den Eliten die Möglichkeit, einen mehr oder weniger geheimen Plan des Ausverkaufs von Sri Lankas öffentlichem Vermögen verfolgen zu können. Eine Privatisierung unter Beteiligung externer Akteure

Die Eliten verfolgen einen Plan des Ausverkaufs von Sri Lankas öffentlichem Vermögen.

würde zwar sowohl die Devisenreserven als auch die Einnahmen der Regierung erhöhen. Das Problem ist jedoch, dass die Kosten für Versorgungsleistungen, Treibstoff und viele andere öffentliche Dienstleistungen für die arbeitende Bevölkerung zukünftig unerschwinglich werden könnten.

Tatsächlich werden im Haushaltsplan 2024 der Verkauf strategischer Ländereien und die Privatisierung der Energie-, Kraftstoff-, Verkehrs-, Bank- und Telekommunikationsinfrastruktur in Betracht gezogen. Auch öffentliche Unternehmen, die derzeit Gewinne erwirtschaften, werden zum Verkauf stehen; dazu gehört zum Beispiel *Sri Lanka Telecom*. Weiter gibt es Pläne, 300.000 Hektar staatliches Land für kommerzielle landwirtschaftliche Aktivitäten zu verpachten, um eine exportorientierte Produktion auf Kosten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu ermöglichen. Ein neuer Entwurf für ein Fischereigesetz sieht vor, Lizenzen für ausländische Fischereifahrzeuge zu vergeben und die kommerzielle Fischerei zum Nachteil der einheimischen Kleinfischerei auszuweiten. Und auch wenn die Regierung beschlossen hat, die staatlichen Banken zu rekapitalisieren, veräußert sie doch gleichzeitig fast 20 Prozent der Anteile an diesen

Banken, was Fragen zur Zukunft erschwinglicher Kredite in Krisenzeiten aufwirft, wenn die Interessen der Aktionäre in den Vordergrund treten.

Das wichtigste öffentliche Gut, das bedroht ist, ist die Elektrizität: Das *Ceylon Electricity Board*, der zentrale Stromversorger auf der Insel, soll zunächst in mehrere Unternehmen für Erzeugung, Übertragung und Verteilung aufgeteilt und schließlich privatisiert werden. Dieses Vorhaben würde jahrzehntelange Fortschritte bei der Versorgung der Bevölkerung mit erschwinglichem Strom zunichtemachen.

Die wirtschaftliche Zukunft Sri Lankas wird für die Interessen mächtiger externer Finanziers aufs Spiel gesetzt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Die wirtschaftliche Zukunft von Generationen von Sri-Lanker*innen wird für die Interessen mächtiger externer Finanziers aufs Spiel gesetzt.

Soziale Auswirkungen

In diesem Zusammenhang werden die Kosten für die Lösung der Schuldenkrise auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt und so sozialisiert. In strikter Einhaltung der IWF-Auflagen hat die Regierung die Waren- und Dienstleistungssteuer, die als wichtigster Motor zur Erzielung von Einnahmen dient, von acht auf 18 Prozent angehoben, was die arbeitende Bevölkerung stark belastet. Dieser regressiven indirekten Besteuerung gingen zudem eine Abwertung der Rupie und eine Erhöhung der Marktpreise für Energie voraus, wodurch sich die Lebenshaltungskosten effektiv verdoppelten, während die Nominallöhne stagnierten oder sanken.

Ein weiteres Beispiel ist die Energieversorgung: Als Vorbedingung für das IWF-Programm wird das Land alle zwei Jahre einem „kostendeckenden Preisbildungsmechanismus“ für Strom unterworfen. Mehrere Preiserhöhungen bei den Stromtarifen bis Ende 2023 haben dazu geführt, dass für einige Kleinverbraucher*innen die Stromkosten um bis zu 400 Prozent gestiegen sind.⁴ Kund*innen, die die hohen Energiekosten nicht bezahlen können, werden vom Stromnetz abgeklemmt.⁵

Die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die verschlechterten Lebensgrundlagen wirken sich auch auf die Ernährungssicherheit und die Bildung aus. So nimmt die Unterernährung zu, ebenso steigt

die Zahl der Schulabbrüche und die Jugendarbeitslosigkeit.⁶ Die Situation alleinverdienender Frauen mit Familie und überhaupt der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen ist erschreckend, denn in absehbarer Zeit wird sich wenig an ihren Lebensbedingungen ändern.

Das IWF-Programm enthält auch einen Richtwert, wie viel ein soziales Sicherheitsnetz für die von den Auswirkungen der Sparmaßnahmen betroffenen Menschen kosten darf. Dieser Wert zeigt die wahren Prioritäten des IWF: Während für den Schuldendienst in Fremdwährung maximal 4,5 Prozent des BIP pro Jahr vorgesehen sind, sollen für das soziale Sicherheitsnetz nur 0,6 Prozent des BIP durch gezielte Bargeldhilfen bereitgestellt werden⁷ – und das vor dem Hintergrund, dass sich die Armutsraten verdoppelt haben. Zwar weichen diese 0,6 Prozent nicht wesentlich von den in der Vergangenheit bereitgestellten Bargeldhilfen ab, jedoch ist der Unterstützungsbedarf aufgrund der gefährdeten Existenzgrundlage eines Großteils der Bevölkerung durch die erwähnten regressiven Steuern, Preiserhöhungen etc. stark gestiegen.

Gleichzeitig sind öffentliche Dienstleistungen nach wie vor unterfinanziert. Das zeigt sich beispielsweise in der Erhebung von Gebühren im Hochschulwesen oder darin, dass in staatlichen Kliniken Patient*innen ihre Medikamente selbst kaufen müssen. Für ein Land, das in den 1970er Jahren dank seiner soliden Sozialpolitik mit kostenloser Bildung, universeller Gesundheitsversorgung und einem seit den 1940er Jahren aufgebauten Lebensmittelsubventionsprogramm hohe Indikatoren der menschlichen Entwicklung aufwies, ist das aktuelle Politikpaket ein direkter Angriff auf den Sozialstaat. Nach und nach sollen Sozialmaßnahmen nur für bestimmte Zielgruppen („targeted social protection measures“) die universelle Versorgung ersetzen.⁸

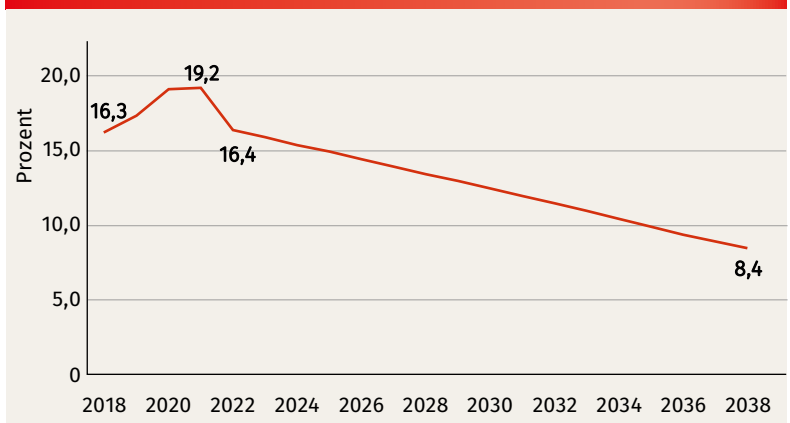
Dies ist umso dramatischer, als dass es in einer Volkswirtschaft, in der fast zwei Drittel der Bevölkerung des Landes dem informellen Sektor angehören, nahezu unmöglich ist, die soziale Sicherung auf vorab definierte Empfänger*innen auszurichten. Da die Lebensgrundlagen vieler Menschen saisonabhängig sind, kann beispielsweise zu einem bestimmten Zeitpunkt die Landwirtschaft von ei-

ner Krise betroffen sein und in einer anderen Region zu einem anderen Zeitpunkt die Fischerei. Durch eine Beschränkung von Empfänger*innen-Gruppen fallen diejenigen Menschen aus dem sozialen Sicherungsnetz heraus, die nicht zur definierten Gruppe gehören. Der Grund für diese einschränkenden Sozialmaßnahmen scheint die seit langem bestehende neoliberale Agenda zu sein, die darauf abzielt, universelle Sozialleistungen abzuschaffen, für die Sri Lanka eine der letzten Bastionen war.

Die Beschäftigten des formellen Sektors – einschließlich der Frauen in der Bekleidungsindustrie und der Teeplücker*innen, deren Löhne unter der Armutsgrenze liegen – sind in Sri Lanka dazu verpflichtet, in Rentenfonds einzuzahlen, um für ihre Rente anzusparen. Diese Gruppe wurde zusätzlich getroffen: Obwohl es sich bei der Schuldenkrise nicht um eine Inlandsschuldenkrise, sondern um eine reine Auslandsschuldenkrise handelt, machten die internationalen Anleiher die Restrukturierung der Inlandsschulden zur Bedingung für weitere Verhandlungen. Der IWF beglückwünschte Sri Lanka zu dieser Inlandsumschuldung. Sie wird jedoch dazu führen, dass die Pensionsfonds 47 Prozent ihres Wertes verlieren, während Finanzinstitute und die wohlhabenden Anleger in lokalen Anleihen ungeschoren davonkommen. Die Art und Weise, in der die Inlandsumschuldung vollzogen wurde – noch vor

Der größte Teil der Krisenlast wird auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt.

Abb. 1: Geschätzte Wertentwicklung der Pensionsfonds nach Inlandsumschuldung (in Prozent vom BNE)



Quelle: Jahresbericht des Finanzministeriums von Sri Lanka und eigene Berechnungen des Autors.

der Restrukturierung der Auslandsschulden und mit ausschließlichen Einbezug der Rentenfonds – ist bezeichnend für den grundsätzlichen Umgang mit der Krise: nämlich den größten Teil der Last auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Ausbeutung und soziale Ausgrenzung gepaart mit brutaler staatlicher Repression sind die Mittel, mit

Die Schuldenkrise Sri Lankas soll mit Ausbeutung, sozialer Ausgrenzung und brutaler staatlicher Repression gelöst werden.

denen die Schuldenkrise in Sri Lanka auf sozialer Ebene gelöst werden soll. Dies zeigt sich vor allem an der Art und Weise, wie die Regierung mit der Not von wirt-

schaftlich ausgegrenzten Menschen umgeht: Seit Dezember 2023 konzentriert sich die Regierung auf einen „neuen Krieg gegen Drogen und Kleinkriminalität“. Sie fokussiert dabei jedoch nicht darauf, soziale Probleme und Probleme im Gesundheitswesen anzugehen, sondern nur auf Repression in Form von unerlaubten Durchsuchungen und willkürlichen Verhaftungen. Mehr als 40.000 Menschen wurden bereits verhaftet und Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt ihre Besorgnis über schwere Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck gebracht.¹⁰

Politische Auswirkungen

Die gegenwärtige Krise zeichnet sich politisch vor allem durch eine besorgniserregende Zunahme autoritärer Unterdrückung aus. Die Wahldemokratie Sri Lankas hat zwar den Bürgerkrieg überlebt, steht nun aber vor einer weiteren ernsthaften Herausforderung in Form von autoritären Maßnahmen. So wurden etwa die Kommunalwahlen mit der fadenscheinigen Begründung verschoben, dass keine finanziellen Mittel für die Wahlen zur Verfügung stünden.

Nachdem der letzte Präsident Gotabaya Rajapaksa 2022 nach öffentlichen Massenprotesten abgesetzt wurde, fehlt es dem Parlament Sri Lankas derzeit an Legitimität. An der Spitze der Regierung steht mit Ranil Wickremesinghe nun ein Präsident, der nicht vom Volk gewählt wurde,¹¹ sondern von einem Parlament, dem die Menschen wenig Vertrauen entgegenbringen. Außerdem will die Regierung –

wie im öffentlichen Haushalt für 2024 erwähnt – mit Hilfe dieses illegitimen Parlaments so schnell wie möglich 60 Gesetze neu erlassen beziehungsweise ändern, obwohl im Herbst 2024 Wahlen anstehen. Viele dieser neuen Gesetze, unter anderem für die Steuerverwaltung, das Zentralbankwesen, Geschäftsbanken, Versorgungsunternehmen oder öffentlich-private Partnerschaften, sind Teil der zu erfüllenden Eckwerte des IWF-Programms. Auch die Weltbank ist in die Entwicklung und Umsetzung involviert.

Proteste am 28. August 2023 in der sri-lankischen Hauptstadt Colombo: Die Menschen wehren sich gegen die Kürzungen der Pensionsfonds durch die Inlandsumschuldung.



Bild: Madhulika Gunawardena

Zahlreiche weitere von der Regierung vorgeschlagene Gesetze und Gesetzesänderungen betreffen unter anderem die Terrorismusbekämpfung, die Beschneidung der freien Meinungsäußerung im Internet, die Privatisierung der Hochschulbildung oder die Enteignung von Fischereibetrieben. So enthält der Gesetzentwurf zur Terrorismusbekämpfung eine sehr weit gefasste Definition des Begriffs „Terrorismus“ und räumt hochrangigen Polizeibeamt*innen weitreichende Befugnisse zur Inhaftierung von Personen ein. Der Gesetzentwurf „Online Safety Bill“ sieht die Einrichtung einer Kommission für Online-Sicherheit vor und formuliert die als strafbar eingestuften Verhaltensweisen sehr vage und übermäßig weit.¹² Dies schränkt den demokratischen Spielraum für diejenigen ein, die sich gegen Autoritarismus und für wirtschaftliche Gerechtigkeit einsetzen, wie zum Beispiel Gewerkschaften, Studierendenorganisationen und andere soziale Bewegungen. Während das IWF-Programm die allgemeinen Bedingungen für die Wirtschaftspolitik festlegt, konzentriert sich die Regierung darauf, den Widerstand gegen ebendiese Politik zu unterdrücken.

Darüber hinaus werden all diese Gesetze im Eiltempo durch ein Parlament gebracht, das bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich abgewählt werden wird. Diese Agenda der Durchsetzung eines neoliberalen und repressiven Rechtssystems kann in den kommenden Jahren zu Verfassungskrisen führen, wenn Regierungen mit neuen Mandaten an die Macht gewählt werden.

Solche undemokratischen Maßnahmen stehen außerdem in Zusammenhang mit einer ethnischen und religiösen Polarisierung, die die Regierung und andere nationalistische Kräfte nutzen, um von der Wirtschaftskrise abzulenken. Vor dem Hinter-

Es steht zu befürchten, dass Minderheiten zu Sündenböcken für die aktuellen Missstände gemacht werden und faschistische Tendenzen erstarken.

grund der langen und aufwühlenden Geschichte ethnischer Polarisierung steht zu befürchten, dass erneut Minderheiten zu Sündenböcken für die aktuellen Missstände gemacht werden und faschistische Tendenzen erstarken.

Immerhin kann Sri Lanka auf eine lange demokratische Tradition zurückblicken, da es als erstes Land in Asien das allgemeine Wahlrecht einführte, ohne dass es auch nur einen einzigen erfolgreichen Militärputsch gab. In diesem Zusammenhang stellt die beispiellose Schuldenkrise demokratische Organe und Traditionen erneut auf die Probe. Ihr Überleben hängt davon ab, ob soziale Institutionen wie Gewerkschaften und Bürgerbewegungen es schaffen, den Schutz von Rechten und Freiheiten durchzusetzen, auch wenn das Land in den kommenden Jahren vor großen politischen Umwälzungen steht.

Internationale Implikationen

Sri Lanka war immer – im Guten wie im Schlechten – ein Vorbote des politischen und wirtschaftlichen Wandels im Globalen Süden. Es war das erste Land in Asien, das das allgemeine Wahlrecht einführte und zu einer Wahldemokratie heranreifte. Es war auch einer der ersten Wohlfahrtsstaaten im Globalen Süden, der erhebliche Fortschritte bei den Indikatoren der menschlichen Entwicklung („*Human Development Index*“) erzielte. Es war jedoch auch das erste Land in Südasien, das mit den Strukturanpassungsprogrammen des IWF und der Weltbank in den späten 1970er Jahren eine Liberalisierung erfuhr. In diesem Zusammenhang steht es heute wieder als warnendes Beispiel für den Umgang mit der Schuldenkrise.

Sri Lanka war immer ein Vorbote des politischen und wirtschaftlichen Wandels im Globalen Süden.

Das derzeitige wirtschaftliche Experiment Sri Lankas mit dem IWF-Programm und der Umschuldung zeigt bereits heute verheerende Folgen für die arbeitende Bevölkerung und bietet Lehren für andere Länder im Globalen Süden, die am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehen. So spiegelt die Schuldenkrise Sri Lankas ein kaputtes globales Finanzsystem wider. Die Schuldenprobleme eskalierten insbesondere durch die Aufnahme kommerzieller Kredite auf den internationalen Kapitalmärkten sowie durch die anhaltende Krise, verbunden mit der Unfähigkeit, diese Krise zu lösen.

In überschuldeten Ländern wie Sri Lanka sorgen zudem geopolitische Manöver für eine zusätzliche Komplexität. Während das Land noch mitten in einer Schuldenrestrukturierung steckt, gibt es bereits Investitionen aus China und Indien, die versuchen, ihren Anspruch geltend zu machen, um sich strategische Vermögenswerte wie Häfen, Stromerzeugung, Brennstoffversorgung und Finanzgeschäfte zu sichern. Solche geopolitischen Schachzüge können den Umschuldungsprozess übermäßig beeinflussen und die Lösung der Schuldenfrage zusätzlich erschweren. Die Lehren aus der Vergangenheit Sri Lankas wie auch vieler anderer postkolonialer Länder verheißen nichts Gutes für

Die Lehren aus der Vergangenheit Sri Lankas verheißen nichts Gutes für die Zukunft.

die Zukunft. Schon einmal haben wirtschaftliche Probleme und geopolitische Spannungen nicht nur zur Entstehung autoritärer Regime geführt, sondern auch zu Stellvertreterkriegen, die die Gesellschaften zerrissen.

Abschließende Fragen

Die Schuldenkrise in Sri Lanka wirft zahlreiche Fragen auf, allen voran nach der Zukunft von Entwicklungsfinanzierung und nach einer fairen Lösung von Schuldenproblemen.

Man kann davon ausgehen, dass Sri Lanka möglicherweise mehr Schuldenerleichterungen erreicht hätte, wäre es nicht dem vom IWF vorgeschriebenen Weg gefolgt, sondern hätte stattdessen eine konsequentere Haltung gegenüber seinen Auslandsgläubigern eingenommen. Schließlich gab es nach dem Zahlungsausfall kaum eine nennenswerte Überbrückungsfinanzierung durch die Geber, wie von den Befürwortern des IWF-Programms behauptet. Vielmehr werden Importe nach wie vor weitgehend durch die eigenen Auslandseinnahmen finanziert.

Eine Studie über die Schuldenkrise Sri Lankas argumentiert,¹³ dass man, um diese Krise zu lösen, auf fortschrittliche Präzedenzfälle schauen sollte. Dabei verweisen die Autor*innen unter anderem auf die Streichung von fast der Hälfte der massiven Schulden Westdeutschlands durch das weit-

reichende Londoner Schuldenabkommen von 1953. Dieses schuf aufgrund einiger außergewöhnlicher Vereinbarungen die Bedingungen für das folgende Wirtschaftswachstum, für öffentliche Investitionen und Sozialausgaben. Das Londoner Schuldenabkommen war ein Präzedenzfall dafür, dass es möglich ist, den wirtschaftlichen Zukunftsaussichten eines Landes Vorrang einzuräumen, statt den Gläubigerinteressen nach maximalem Profit nachzukommen. Die Lösung der Schuldenfrage und die wirtschaftliche Zukunft Sri Lankas könnten ebenfalls einen solchen internationalen Präzedenzfall schaffen – im Guten wie im Schlechten.

Ein Blick auf die Ursache der Krise zeigt, dass die kommerzielle Kreditaufnahme, die im Rahmen der Entwicklungsfinanzierung beworben wird, Länder wie Sri Lanka nur noch tiefer in eine untragbare Verschuldung treibt. Doch welche alternativen Quellen der externen Entwicklungsfinanzierung bieten sich an? Eine Antwort auf diese Frage zu finden ist zentral, um die krisenanfällige Architektur des internationalen Finanzwesens umzugestalten und eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung für den Globalen Süden zu ermöglichen.

Auch die Rolle des IWF als „Schiedsrichter“ bei Umschuldungen sollte hinterfragt werden. Die Finanzorganisation hat sich als veränderungsresistent erwiesen und scheint Krisen wie im Falle Sri Lankas nur zu verschärfen. Statt des IWF könnten die Vereinten Nationen die Aufgabe übernehmen und bei Umschuldungen vermitteln. Dies würde auch den bei Umschuldungen immer wieder auftretenden Konflikt des IWF in seiner Doppelrolle als Kreditgeber und Schiedsrichter lösen.

Die Lösung der Schuldenfrage und die wirtschaftliche Zukunft Sri Lankas könnten einen internationalen Präzedenzfall schaffen – im Guten wie im Schlechten.

Und schließlich stellt sich die Frage, wie Entwicklungsfinanzierung so gestaltet werden kann, dass Länder ausreichend autonome Gestaltungsmacht behalten, um Entwicklung im Interesse ihrer Bürger*innen vorantreiben zu können. Am Beispiel Sri Lankas wird deutlich, dass es Raum für industriepolitische Maßnahmen insbesondere für die lokalen Märkte geben muss, und dass eine Politik der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und lebenswichtigen Gütern erwogen werden sollte, um externe Schocks zu überstehen und die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sichern.

Die andauernde und viele Länder treffende Schuldenkrise ist ein Weckruf – und zwar nicht nur für die

Menschen in Sri Lanka, die inmitten der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression ums Überleben kämpfen. Sondern auch für die internationale Gemeinschaft, um das internationale Finanzsystem, das acht Jahre nach der Großen Depression geschaffen wurde, endlich grundsätzlich zu überdenken.

Beim Verfassen dieses Artikels wurde der Autor von Shafiya Rafaihu, Yathursha Ulakentheran, Madhulika Gunawardena und Sinthu Srihtaran unterstützt.

Übersetzung aus dem Englischen: erlassjahr.de und Misereor Sprachendienst

Heftige Zerstörungen nach einem Tropensturm 2018:

Als Inselstaat steht Sri Lanka auch bei der Bewältigung von Klimaschäden vor großen finanziellen Herausforderungen.



Bild: Thomas Küller

- ¹ Reuters (08.09.2022): [„No kerosene, no food, Sri Lanka's fishermen say“](#).
- ² Zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben siehe Zentralbank Sri Lankas (o. D.): [„Summary of Government Fiscal Operations \(1990 to the latest\)“](#).
- ³ Vgl. Daily FT (28.11.2023): [„Budget 2024 and the working people“](#).
- ⁴ Berechnung des Autors und seines Teams auf Basis der Gebühren zwischen September 2022 und September 2023.
- ⁵ Vgl. The Sunday Times (12.11.2023): [„CEB disconnects electricity to over 500,000 defaulters“](#).
- ⁶ Vgl. UNDP (2023): [„Understanding Multidimensional Vulnerabilities: Impact on People of Sri Lanka A Policy Report Based on the Multidimensional Vulnerability Index derived from UNDP's National Citizen Survey 2022-2023“](#), und UNICEF (2023): [„Sri Lanka Economic Crisis 2023 Situation Report No. 1“](#).
- ⁷ Die gezielten Bargeldhilfen beziehen sich auf Programme zur Unterstützung ausgewählter einkommensschwacher Haushalte, älterer Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit chronischen Nierenleiden.
- ⁸ Siehe ausführlich in: Kadrigamar, N.; Feminist Collective for Economic Justice: [„Targeting social assistance in the context of crises and austerity: the case of Sri Lanka“](#), Expert Paper UN Women and International Labour Organization, EGM/WS2024/EP.8.
- ⁹ Finanzministerium Sri Lanka, Jahresbericht 2023.
- ¹⁰ Vgl. Reuters (18.01.2024): [„Sri Lanka to continue drug crackdown despite rights group concerns – minister“](#).
- ¹¹ Zu der Frage der Auswirkungen von fehlender Legitimität trotz Legalität siehe Daily Mirror (01.08.2022): [„Abyss between Legality and Legitimacy“](#).
- ¹² Siehe für weitere Bewertungen ICJ (29.09.2023): [„Sri Lanka: Proposed Online Safety Bill would be an assault on freedom of expression, opinion, and information“](#).
- ¹³ Vgl. Chandrasekhar C. P., Ghosh, J. und Das, D. (2023): [„Paying with Austerity: The Debt Crisis and Restructuring in Sri Lanka“](#), Working Paper.

Die andauernde und viele Länder treffende Schuldenkrise ist ein Weckruf für die internationale Gemeinschaft, um das internationale Finanzsystem endlich grundsätzlich zu überdenken.